

## PRESSEROHSTOFF

### Bundesrat beschliesst die Schaffung von 100 Lehrstellen

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 30. April 2003 beschlossen, zusätzlich 100 neue Lehrstellen in der Bundesverwaltung zu schaffen. Ein Teil der neuen Ausbildungsplätze soll bereits zum Lehrbeginn 2003 bereitstehen. Mit dieser Massnahme steigert der Bund seinen Lehrlingsanteil von 2.6 auf rund 2.9 Prozent der Beschäftigten und kommt seinem eigenen Gesamtziel in der Berufsbildungspolitik von 4 Prozent Lehrlingen in der Bundesverwaltung einen weiteren Schritt näher. Der Beschluss des Bundesrates erfolgt unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Eidgenössischen Räte im Rahmen des Beschlusses zum Voranschlag 2004.

Der Bundesrat hat sich in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetz und der Lehrstelleninitiative wiederholt eindringlich für die Erhaltung des dualen Berufsbildungssystems ausgesprochen. Im Vergleich zu andern Bildungsbereichen verleiht ihm die Bundesverfassung in der Berufsbildung weit gehende Kompetenzen. Mit seinem Entscheid zur Schaffung von 100 zusätzlichen Lehrstellen nimmt er seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung in diesem Bereich wahr. Zusätzlich bekräftigt der Bundesrat mit dieser Massnahme die Appelle des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) an die Privatwirtschaft und Kantone, ihr Lehrstellenangebot ebenfalls auszuweiten, denn das schweizerische Berufsbildungssystem fusst auf dem Engagement der Arbeitgeber.

Der Bund ist durch das Berufsbildungsgesetz (BBG) und das Bundespersonalgesetz (BPG) verpflichtet, sich als Lehrstellenanbieter selber an der Entwicklung des dualen Berufsbildungssystems zu beteiligen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen vier Bundesratsparteien haben in den letzten Jahren vom Bund in zahlreichen Vorstössen wiederholt eine aktivere Lehrlingspolitik gefordert. Ausserdem ist der Bund als grosser Arbeitgeber auch Teil des Arbeitsmarktes Schweiz. Daher wird von ihm auch eine Beteiligung in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erwartet.

Die Schaffung der neuen Lehrstellen erfolgte auf Antrag des EVD. Damit das zusätzliche Lehrstellenangebot rechtzeitig auf den Schulabschluss wirken kann, musste der Bundesrat unverzüglich handeln. Die Rekrutierung der Lehrlinge und die Organisation der Ausbildungsplätze in den Ämtern beansprucht eine gewisse Zeit. Die ersten Lehrstellen werden Mitte Mai durch das Eidgenössische Personalamt ausgeschrieben.

## 1. Lehrstellensituation beim Bund

Unter den 35 000 Bundesangestellten befinden sich momentan rund 900 Lehrlinge in einer gemäss Berufsbildungsgesetz geregelten beruflichen Grundbildung und Praktikumsabsolventen/-innen. Das sind 2.6 Prozent aller Bundesangestellten. Obwohl die Bundesverwaltung – die Departemente, Bundeskanzlei, Eidgenössische Gerichte und Parlamentsdienste – ihr Lehrstellenangebot von 1997 bis 2002 um rund ein Viertel oder von rund 600 auf 850 Ausbildungsplätze (Lehrstellen und Praktikumsplätze) erhöht hat, liegt der Anteil von 2.6 Prozent Lehrlingen an der gesamten Belegschaft unter dem Durchschnitt der Schweizer Gesamtwirtschaft. Die Lehrstellendichte in der Schweiz beträgt zirka 4 Lehrstellen pro 100 Vollzeitbeschäftigte. Als Ziel und Faustregel gilt für die Personalpolitik des Bundes die Bereitstellung von 4 Lehrstellen pro 100 Vollzeitäquivalent-Beschäftigten.

Mit der Schaffung von 100 zusätzlichen Lehrstellen in den nächsten Jahren steigert die Bundesverwaltung ihren Lehrlingsanteil auf 2.9 Prozent.

## 2. Organisation der Lehrlingsausbildung in der Bundesverwaltung

Die berufliche Ausbildung ist eine Aufgabe des ganzen „Unternehmens“ Bundesverwaltung. Das Lehrlingswesen wird auf Departementstufe koordiniert und vom EPA zentral gesteuert, koordiniert und überwacht. Die Lehrlinge werden durch die Bundesämter rekrutiert und angestellt. Organisatorisch praktiziert die Bundesverwaltung damit eine Kombination von dezentralisierter Verantwortung durch die Departemente und Bundesämter einerseits und zentralisierter Koordination durch das EPA andererseits.

Als Arbeitgeberin ist die Bundesverwaltung bestrebt, den angehenden Berufsleuten eine bestmögliche Ausbildung anzubieten sowohl im theoretischen wie im praktischen Bereich. Gleichzeitig soll die Ausbildung die Allgemeinbildung erweitern und die Entfaltung der Persönlichkeit und des Verantwortungsbewusstseins fördern. Das Personalamt hat in der Lehrlingsausbildung der Bundesverwaltung strategische Aufgaben. Diese beinhalten die Festlegung der nationalen Ausbildungspolitik nach einheitlichen Richtlinien, das Erarbeiten von Grundlagen und die Förderung von departementübergreifenden Aktivitäten. Das EPA bietet auf der eigenen Website „Lehrlingswesen“ einen Überblick über die Grundlagen und das Angebot (<http://lehre.admin.ch>).

Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die ihre Berufsbildung in einem Bundesbetrieb beginnen, absolvieren eine vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) anerkannte Berufslehre. Die Bundesverwaltung bildet ihre Lehrlinge in 35 anerkannten Berufen aus. Über 75 Prozent aller Bundesämter bieten Lehrstellen an. Einen wichtigen Teil bilden die kaufmännischen Berufe (KV) und seit Ende der neunziger Jahre auch die Informatiklehrstellen. Das breite Ausbildungsangebot reicht von der Berufslehre für Automechaniker/-innen über Elektroniker/-innen und Gärtner/-innen bis hin zu Laborant/-in, Metallbauer/-in, Mediamatiker/-innen und Elektroniker/-in.

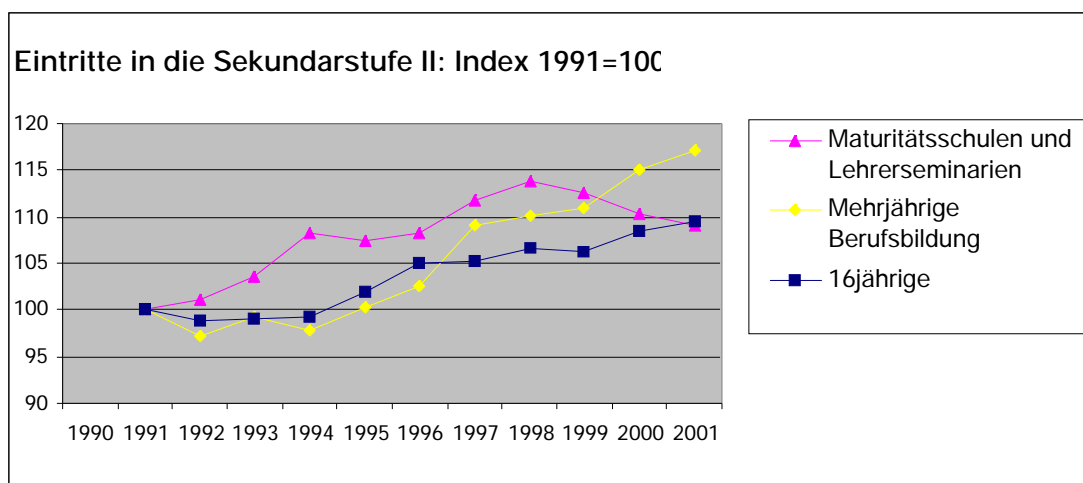
KV- und Informatiklehrstellen sind für die Bundesverwaltung wichtige Bereiche. Sie beteiligt sich daher intensiv an der Reform der kaufmännischen Berufe. Im Sommer 2002 erhielt die Bundesverwaltung die Anerkennung als eigenständige kaufmännische Ausbildungs- und Prüfungsbranche. Ähnlich wie ein Branchenverband erarbeitet sie Lehrpläne, führt überbetriebliche Kurse durch, organisiert Prüfungen und stellt die Qualität der Ausbildung sicher. Anstrengungen unternimmt der Bund auch bei den Informatik-Lehrstellen. In den letzten Jahren hat er deren Zahl von 42 (2000) auf 84 (2002) erhöht. Die Lehrlinge werden im ersten Lehrjahr ausserhalb des Betriebs mit einem schulischen Informatik-Basisjahr eingeführt. Danach absolvieren sie das zweite bis vierte Lehrjahr bei einer Bundesstelle. Dieses System entspricht der heutigen Praxis in der Privatwirtschaft.

### 3. Trends in der Berufsbildung

Die Schweiz hat europaweit den höchsten Anteil an Jugendlichen, die sich auf diesem Weg auf das Erwerbsleben vorbereiten – gegenwärtig sind es rund 58 Prozent der Schüler/-innen der Sekundarstufe II. Weitere 7 Prozent eignen sich die beruflichen Kompetenzen in einer Vollzeitschule an.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts stieg die Attraktivität der Berufsbildung in der Schweiz sowohl bei der Wirtschaft, als auch bei den Schulabgänger/-innen, so dass heute rund zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung (25- bis 64Jährige) über einen beruflichen Abschluss verfügen. Im Verlauf der 90er- Jahre – in einer Phase der konjunkturellen Schwäche – verlor die Berufsbildung sowohl bei den Jungen, als auch in der Wirtschaft an Bedeutung. Die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge ging deutlich zurück.

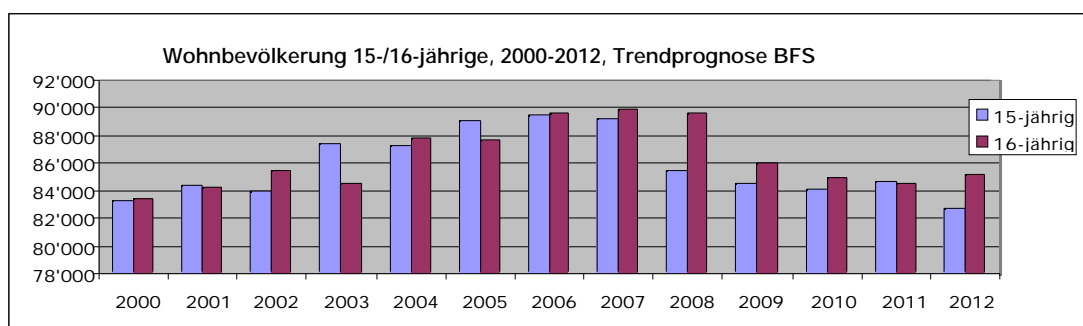
Mit dem Wiederaufschwung gegen Ende der 90er- Jahre stiegen auch die Eintritte in die Berufsbildung auf das frühere Niveau. Die jüngste wirtschaftliche Flaute wird die weitere Zunahme bremsen; aufgrund erster Schätzungen ist mit einer leichten Abnahme der 2002 abgeschlossenen Lehrverträge zu rechnen. (Grafik 1)



Grafik 1

© BFS, Bildungsstatistik

Die demographische Entwicklung wird in den nächsten Jahren den Ausbildungsmarkt und sein Gleichgewicht zusätzlich beeinflussen. Die statistischen Trendprognosen weisen bis Ende 2008 einen Anstieg von Schulaustretenden um rund 6 Prozent von 85'500 (2002) auf 89'500 (2008) auf. Dies bedeutet, dass zusätzliche junge Menschen auf den Lehrstellenmarkt drängen. Für die Schulabgänger/-innen auf Lehrstellensuche wird dadurch die Lage schwieriger. (Grafik 2)



Grafik 2

© BFS, Bevölkerungsstatistik

#### 4. Weshalb neue Ausbildungsplätze?

Das Angebot an Ausbildungsplätzen zu Beginn und gegen Ende der 90er- Jahre genügte, dass nahezu alle Jugendlichen, die das wünschten, einen Beruf erlernen konnten. In der Mitte der 90er- Jahre hingegen, in wirtschaftlich schlechteren Zeiten, schrumpfte das Angebot, so dass die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsbildung und –abschluss rasch anstieg. Junge Frauen waren davon stärker betroffen als Männer.

Die duale Berufsbildung steht und fällt mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen in den Unternehmen. Zwar sind es seit den 90er- Jahren konstant etwa 18 Prozent der Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden (in den 80er Jahren waren es 25 Prozent), doch die Zahl der zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze schwankt mit dem Gang der wirtschaftlichen Konjunktur.

Konjunkturelle Schwankungen sind eine Begleiterscheinung jeder Volkswirtschaft. Sie beeinflussen auch den Lehrstellenmarkt. Sie treffen die Jugendlichen und ihre Startchancen unmittelbar. Während sich der Markt nach einer Krise wieder erholt, haben Turbulenzen auf dem Lehrstellenmarkt erfahrungsgemäss längerfristige negative Auswirkungen. Wer keine Lehrstelle findet, muss in Vollzeitschulen untergebracht werden. Vollzeit-Berufsschulen (Handelsmittelschulen, Informatikmittelschulen, staatliche Lehrwerkstätten und andere) erhöhen die Staatsquoten wesentlich stärker als Lehrstellen. Die Ausbildung von Lehrlingen sichert den Nachwuchs qualifizierter Arbeitskräfte. Mit der Schaffung zusätzlicher Lehrstellen handelt sich der Bund antizyklisch und schafft gleichzeitig eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten: die Jugendlichen, die Steuerzahler/-innen und die Bundesverwaltung.

Eine abgeschlossene nachobligatorische Ausbildung auf Sekundarstufe II gilt heutzutage als Voraussetzung für die wirtschaftliche Selbständigkeit eines Individuums. Schulabgänger/-innen und ungelernete Arbeitnehmer/-innen, die den Einstieg in künftige Arbeitswelten nicht schaffen, verursachen in der Volkswirtschaft und im Sozialhaushalt langfristig steigende Kosten – für den Werdegang jedes Einzelnen ist eine fehlende nachobligatorische Ausbildung eine persönliche Belastung. Umso mehr braucht es in konjunkturell schwierigen Zeiten das Engagement von Bund, Kantonen und der Wirtschaft, um eine Tendenzumkehr in der Berufsbildung zu verhindern.

Für weitere Auskünfte:

Ursula Renold, stv. Direktorin Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT),  
Tel. 031 323 76 12, [ursula.renold@bbt.admin.ch](mailto:ursula.renold@bbt.admin.ch)

Helen Stotzer, Kommunikation, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT),  
Tel. 031 322 83 63, [helen.stotzer@bbt.admin.ch](mailto:helen.stotzer@bbt.admin.ch)

Marianna Schwaar, Eidg. Personalamt (EPA), Leiterin Berufsbildung Bundesverwaltung,  
Tel. 031 322 47 22, [marianna.schwaar@epa.admin.ch](mailto:marianna.schwaar@epa.admin.ch)

Internet: <http://lehre.admin.ch> / [www.bbt.admin.ch](http://www.bbt.admin.ch)